

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4527) vierteljährlich 2,10 Mk., für 2 Monate 1,40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. zzgl. Bestellsgeb.

Redaktion: Tauscher Str. 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 2721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die gespaltene Pettzeile oder deren Raum mit 25 Pfg., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im Voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauscher Straße 19/21. — Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

Zur Ministerkrise.

Leipzig, 10. Februar.

In der bürgerlichen Presse kalkuliert man, daß das Ministerium Meisch die Geschäfte weiterführen und nur der Finanzminister v. W a y d o r f aus dem Amte scheiden werde. Der Konflikt würde also den Ausgang nehmen, den die Hofratspartei, die Mehnert und Genossen, gewünscht haben. Dann müßte man sich allerdings fragen, welchen Zweck die fulminante Solidaritätserklärung des gesamten Ministeriums dann eigentlich gehabt hat. Die Herren Mehnert und Genossen wären die unbestrittenen Sieger im Streite und Herr v. Meisch erschiene als der Blamierte. Es ist nicht zu leugnen, daß viel Aussicht besteht, daß die Ministerkrise den angekündigten Ausgang nehmen wird.

Herr v. W a y d o r f würde also auf der Strecke bleiben. Wir meinen dem Finanzminister jedenfalls keine Thräne nach, aber man muß doch sagen, daß der Fall des Ministers mit dem Ende eines Intriguenstücks vertauschte Nehtlichkeit hat. Schon seit Jahren wurde gegen den Finanzminister intriguiert. Was die Reaktionen in ihren eigenen Organen zu sagen nicht den Mut hatten, das lancierten die Intriguanen der Hofratspartei in die Deutsche Tageszeitung. Wir erinnern nur an den Angriff des Viertelblattes im September 1900 auf den Finanzminister. Das Blatt sprach damals von einer Steuerreform, die zu ihrer Durchführung eine Kraft von bedeutender Initiative erfordere. Diese Wendung konnte natürlich gar nicht anders verstanden werden, als daß der gegenwärtige Finanzminister diese Kraft nicht sei. Die Deutsche Tageszeitung bestritt das später. Sie führte wörtlich aus: „Wir haben gegen die Person des sächsischen Finanzministers nicht das mindeste einzuwenden und keine Spur von Interesse daran, ob und warum er aus dem Dienste scheiden werde. Daß die notwendige Finanzreform eine schwere Aufgabe sei, die viel Initiative erfordert, wird auch von nationalliberaler Seite nicht verkannt und nicht geleugnet werden können. Ob der jetzige Herr Finanzminister die notwendige Initiative besitze, das können wir nicht beurteilen, darüber hat lediglich Se. Maj. der König und er selbst zu befinden. Wir gehen aber noch weiter. Wir würden einen Rücktritt des Finanzministers gerade jetzt aus naheliegenden Gründen für recht bedenklich erachten, und wir verstehen recht wohl, warum der Finanzminister, obwohl er kranklich ist, doch noch im Amte bleibt. Wir verstehen das angesichts der Sachlage nicht nur, sondern wir danken es ihm auch.“

Viel Glauben verdient diese Versicherung aber nicht. Denn was hatten denn dann die fortwährenden Meldungen, daß der Finanzminister zurücktreten werde, für einen Sinn? Noch kurze Zeit vor dem oben erwähnten Artikel brachte die Deutsche Tageszeitung eine Meldung aus Dresden, daß der Finanzminister noch vor dem Zusammentritt des gegenwärtigen Landtages aus dem Amte scheiden werde. Und

als der Landtag zusammengetreten und der Minister immer noch im Amte war, hieß es, er werde erst nach Schluß des Landtags zurücktreten. Alle diese Preschlancierungen ließen jedenfalls den heißen Wunsch erkennen, Herrn v. W a y d o r f sobald als möglich als pensionierte Excellenz begrüssen zu können. Und wer bisher noch im Zweifel war, daß die Reaktionen im Landtage für den Finanzminister ungefähr das gerade Gegenteil von Sympathie empfinden, der braucht nur die Vorgänge der letzten Zeit zu betrachten. Nicht nur in der Presse, sondern auch in der Kammer wurde es offen ausgesprochen, daß die Ueberschreitungen in einer finanziell günstigen Zeit vielleicht Gegenstand herber Kritik gewesen wären, aber sicher nicht zu einem Konflikt geführt hätten. Also nur die ungünstige Finanzlage hat es dahin gebracht, daß der Finanzminister seit langer Zeit nicht mehr den Beifall der Zweiten Kammer besitzt.

Für diese finanzielle Kalamität ist aber der Finanzminister durchaus nicht allein verantwortlich zu machen. Die Gründe zu dem Niedergang unserer Finanzen datieren nicht erst aus der Zeit des Finanzministers v. W a y d o r f, sondern haben ihren Ursprung noch in der Zeit des wegen seiner Ueberschüsse gefeierten Finanzministers v. Könneritz. Die Finanzgebarung dieses Ministers mit ihren glänzenden Effekten war auf den Augenblick zugeschnitten und entbehrte jeder vorausschauenden Grundlage. So war die ganze Finanzkalamität bereits im Keime vorhanden, als Herr v. W a y d o r f Mitte der 90er Jahre das Finanzministerium übernahm. Und so lange der gegenwärtige Finanzminister im Amte ist, spielt die Frage der Steuerreform und wenig es dem Minister nicht geglikt ist, die Reform zum Abschluß zu bringen und dem Staatssteuersäckel neue Steuern zu erschließen, so sind es die Kammern gewesen, die bisher jede Steuerreform unmöglich machten. Der Fall des Ministers dürfte zur nächsten Folge haben, daß die Finanzreform auch diesmal wieder scheitert und für die nächste Finanzperiode mit S t e u e r z u s c h l ä g e n zu rechnen sein wird.

Ist es also unrecht, dem Finanzminister alle Schuld für die finanzielle Lage des Landes zuzuschreiben, so muß man allerdings auch sagen, daß er auch nicht das Ideal eines Finanzministers gewesen ist. Da er seit seinem Amtsantritt wußte, daß die Finanzlage schlecht war, und da er sah, daß sich die Finanzlage von Jahr zu Jahr verschlechterte, so hätte er auch die nötige Energie zeigen sollen und nicht fortwährend vor den Mehnert und Genossen, die naturgemäß jeden Finanzminister hassen werden, der ihnen neue Steuern ausstinkt, zurückweichen sollen. Die finanzielle Lage des Landes verlangte neue Steuerquellen, und wenn er solche vom Landtage nicht erhalten konnte, so dürfte er sich nicht nur mit der Drohung begnügen, daß er dem Landtage die ganze Verantwortung überlassen werde, sondern er hätte zurücktreten und dem Landtage wirklich die Verantwortung überlassen müssen. Allerdings muß gesagt werden, daß es wie eine Art Flucht ausgesehen haben

würde, wenn er vielleicht gar vor der Eröffnung des Landtags aus dem Amte geschieden wäre. Die Regierung hätte die Vorlegung einer Steuerreform beschlossen und der Finanzminister hätte sich verpflichtet, die Reform zu vertreten. Wenn wenigstens in der Zweiten Kammer Aussicht auf Annahme einer mehr oder weniger modifizierten Steuerreform vorhanden war, so ist es sehr bezeichnend, daß dieselbe Kammer aus Haß gegen den Minister einen Konflikt heraufrief, an dem der Minister scheitern mußte. Und dies ist um so kennzeichnender, als nach dem Verständnis der Wortführer in der Zweiten Kammer unter regelmäßigen Verhältnissen der Gegenstand des Konflikts keinen Anlaß zu einem solchen abgegeben haben würde.

Verschwindet Herr v. W a y d o r f, so fällt er als ein Opfer der reaktionären Kammerkoterie, die mindestens in demselben Maße wie der Finanzminister Schuld hat an der gegenwärtigen unheimlichen finanziellen Situation des Landes. Und ist, wie gesagt, Herr v. W a y d o r f als ein Glied des reaktionärsten deutschen Ministeriums völlig gleichgültig, aber die Gerechtigkeit gebietet es, zu sagen, daß die Zweite Kammer, deren Mitglieder sich jetzt in der Rolle der Gänse des Kapitols, d. h. in der Rolle der Ketter der Verfassung gefallen, dem Finanzminister die Verantwortung aufbürdet für Verhältnisse, die sie, die Kammer, gewiß weit mehr verschuldet hat als der Finanzminister. Ein Stück Frivolität aber ist es, wenn die Kammer den wahren Grund ihres Vorgehens gegen den Finanzminister hinter einem Grunde verbirgt, den sie unter gewöhnlichen Verhältnissen selbst nicht als Anlaß zu einem Konflikt betrachtet haben würde. Die Staatsüberschreitungen sind eine Eigentümlichkeit der sächsischen Finanzverwaltung, die in einem geordneten Staatswesen unerhört sind und, wenn sie in der Höhe vorkommen, wie es hier tatsächlich geschehen ist, allerdings das verfassungsmäßige Recht des Landtags in Frage stellen. Aber die Zweite Kammer hat ja eingestanden, daß die Verfassungsfrage nicht aus prinzipiellen Gründen angeschnitten, sondern sie hat diese Ueberschreitungen lediglich als einen guten Grund aufgegriffen, um einen mißliebigen Minister zu stürzen. Es ist also eine sehr verdächtige Liebe, die die Mehnert, Schill und Genossen plötzlich für die Verfassung äußern.

Das Dresdener Journal schreibt zur Ministerkrise: Nicht die sachliche Kritik der beim sächsischen Eisenbahnbau vorgekommenen Ueberschreitungen hat die Krise herbeigeführt. Das eine solche Kritik, und zwar in scharfer und unmissichtiger Weise erfolgen würde, konnte und mußte die Regierung erwarten. Sie hat selbst die Hand dazu geboten, daß dem Landtage und damit auch dem Lande volle Aufklärung über die Ursachen der behauerlichen Mehrkosten zu teil werde. In den letzten Tagen ist der Zweiten Kammer das gesamte Aktenmaterial zur Prüfung übergeben worden. Die für die meisten so unerwartet eingetretene Krise wurde daher ganz allein durch die formelle Behandlung, b. h. dadurch veranlaßt, daß die Zweite Kammer darauf bestand, diese Staatsüberschreitungen ausdrücklich und unbedingt unter den Gesichtspunkt einer Verfassungsverletzung, eines Verfassungsbruchs

Seuilleton.

Die leibhaftige Bosheit.

Roman von Gustav Wied.

Eingig berechtigte Uebersetzung aus dem Dänischen von Mathilde Mann.

Knapsted sah hastig zu dem Freund hinüber.
„Ach ja!“ sagte er ruhig — „mag sein! Du hast vielleicht recht! Ich bin wohl nur zu weichherzig!“
„Ja!“ nickte der Konsul mit einem Hoffnungsstimmer — „weshalb soll man auch?“
„Nein — versteht sich! — Sag' einmal, erinnerst Du Dich Deiner Frau noch?“
„Meiner Frau?“
„Deiner Frau, ja!“
„Was für ein Unsinn ist denn das nun wieder?“ fragte der Konsul und rückte unruhig auf der Bank hin und her.
„Ich frage, ob Du Dich Deiner Frau noch erinnerst?“
„Großer Gott, natürlich erinnerst Du mich meiner Frau!“
„Ja, ich meine nur. — Es sind ja bald zwölft Jahre her, seit sie starb, da dachte ich —“
„Unsinn! Wozu wollen wir denn jetzt darüber reden?“
„Ich erinnere mich doch sehr wohl.“
Der Konsul riß seine blauen Augen weit auf.
„Du?“
„Ja, ich habe sie gekannt.“
„Du hast sie gekannt?“
Knapsted nickte.

„Und deshalb habe ich Dich so lieb!“
„Wo hast Du sie gekannt?“
„In der Kronprinzessinstraße, Nummer acht, vierte Etage.“
Der Konsul sperrte den Mund weit auf.
„Ja, aber — ja, aber,“ stammelte er — „Da hast Du doch nicht verkehrt?“
„O, ja, zu meiner Zeit! Aber Du hast mir den Rang abgelaufen, Du Schwerenöter!“
„Ich?“
„Ja, Du! — Das ist ja der Grund, weshalb ich Dich so lieb habe!“
Es war nicht die geringste Erregung bei dem Böllner zu verspüren. Seine Antworten klangen trocken und nüchtern.
„Abilda — Abilda hat mir nie davon erzählt,“ fuhr Mörch fort — „Abilda —“
„Nein, weshalb sollte sie es auch erzählen? Sie schrieb mir nur, jetzt wolle sie lieber Dich haben. Und damit Punktum.“
Die Hände des Konsuls tasteten nervös in seinem Schoß.
„War't Ihr denn — war't Ihr denn — verlobt?“
„Ja, es war so etwas davor.“
„Davon — davon habe ich nichts geahnt —“
Knapsted wandte sich heftig nach seinem Opfer um:
„Hättest Du sie mich sonst behalten lassen?“
„Ich — ich —“ lallte der Konsul. Er war jetzt ganz von Knapsted, paralysiert und zitterte am ganzen Körper.
Der Böllner lächelte.
„Sie konnte brillant küssen!“ sagte er. „Und jetzt haben die Würmer sie aufgefressen.“
„Ach laß das — laß das, Knapsted — — laß das —“
Mörch jammerte wie ein Kind.

„Und grüße sie von mir. Du siehst sie wohl zuerst.“
Der Konsul wurde schwarzblau im Gesicht und hieb mit seinem Stock kraftlos auf Esau los.
„Du bist ein Satan!“ fauchte er.
Der Böllner lachte laut.
„Nun, nun! Vergiß nicht, daß Du krank bist, Mörch!“
sagte er dann in freundlich ermahnendem Ton. „Und kranke Leute dürfen sich nicht aufregen.“
Der Stock entfiel Mörchs Hand. Es war, als erschläfften alle Nerven in ihm. Er sank auf der Bank zusammen und indem er seine blaue, schwollene, zitternde Hände zu seinem Gesicht emporhob, weinte er wie ein Schuljunge, der Prügel bekommen hat!
„Du kannst mich doch in Ruhe lassen — Ich habe Dir doch nichts gethan — — immer mußt Du das Allerabscheulichste zu mir sagen — — und mich hange machen. — Ich bin krank — das weißt Du recht gut — — und trotzdem — — und trotzdem — Warum kannst Du — — mich nicht — — in Frieden lassen — —?“
Knapsted antwortete nicht. Er hatte sich von der Bank erhoben und stand bleich und unbeweglich da und betrachtete seine Beute. — — —
Die Gitterpforte schrie in ihren Hängen.
„Mörch, da kommt jemand!“
„Ja!“
„Da kommt jemand!“
„Ja — ich will gleich — —“
Der Konsul machte einen Versuch, sich von der Bank zu erheben, vermochte es aber nicht.
Knapsted war ihm behilflich.
„Und hier ist Dein Stock!“
„Danke!“
„So komm jetzt!“

Reichstag.

188. Sitzung. Sonnabend den 8. Februar 1902, 1 Uhr.

In zweiter Lesung wird der Etat des Reichsjustizamts debattiert; ebenso der Etat der Reichsschuld und der Etat des Rechnungshofes.

Reichsjustizverwaltung.

Die Beratung beginnt mit dem Tit. 1 (Gehalt des Staatssekretärs).

Abg. Heine (Soz.) bringt den Fall Bredendick zur Sprache. Der Fall ist charakteristisch dafür, wie man in Deutschland überhaupt die Presse behandelt. ... (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Heine (Soz.): Der Staatssekretär erwiderte auf die Stelle meiner Rede, so wie Bredendick behandelt zu werden, ist bald eine Ehre: das ist das Älteste, das der Abg. Heine den deutschen Gerichten ausstellt. ... (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Heine (Soz.): Ich habe ausdrücklich erklärt, daß eine Verfügung ergangen ist, wonach die Behörden angewiesen werden, beim Transport von Strafgefangenen keine Fesselung einzutreten zu lassen, ohne Prüfung des besonderen Falles. ... (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Heine (Soz.): Ich habe ausdrücklich erklärt, daß eine Verfügung ergangen ist, wonach die Behörden angewiesen werden, beim Transport von Strafgefangenen keine Fesselung einzutreten zu lassen, ohne Prüfung des besonderen Falles. ... (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Niederding: Ob eine Verfügung der beiden preussischen Minister, wie sie der Vorredner erwähnte, ergangen ist, weiß ich nicht. ... (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gröber (Centr.): Ich möchte an den Staatssekretär die Frage richten, wie weit die Vorarbeiten betr. den Gesetzentwurf gegen den fliegenden Gerichtsstand der Presse gebildet sind. ... (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Eise (nat.-lib.) verlangt eine Heraushebung der Strafmündigkeit vom 12. auf das 14. Lebensjahr. ... (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Niederding: Die Verhandlungen über den fliegenden Gerichtsstand der Presse sind noch nicht abgeschlossen. ... (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Dzembovsky-Poniatz (Pole) bedauert die Erklärung des preussischen Justizministers, wonach in nationalen Fragen die Abschreckungstheorie eine gewisse Berechtigung habe. ... (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Müller-Reinigen (freis. Vp.): Ich hoffe, daß die Befestigung des fliegenden Gerichtsstandes beschleunigt wird. ... (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Dr. Dertel hat mit der Empfehlung der Prügelstrafe eine gewisse Grausamkeit an den Tag gelegt, die mit seiner sonstigen poetischen Naturanlage gar nicht harmoniert. ... (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Reform des Strafgesetzbuches erkenne ich vollkommen an. Beschämend war es, daß sich ein deutscher Staatsanwalt fand, der die Antwort Lissolts an den heiligen Synod in der deutschen Uebersetzung beschlagnahmte. ... (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Dazu kommt der Antrag Gröber und unser Majestätsbeleidigungsantrag. Die Forderung ist ja erst für eine etwas spätere Zukunft zu erwarten, ich hoffe, daß dann auch der Reichstag etwas liberaler und demokratischer zusammengesetzt ist. ... (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Niederding: Es ist nicht meine Aufgabe, die Befestigung der Bundesstaaten zu überwachen. Die Verfassung des Reiches gibt mir auch keine Handhabe, um von dem betreffenden Bundesstaat eine Aufklärung zu verlangen. ... (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Heine (Soz.): Der Staatssekretär erwiderte auf die Stelle meiner Rede, so wie Bredendick behandelt zu werden, ist bald eine Ehre: das ist das Älteste, das der Abg. Heine den deutschen Gerichten ausstellt. ... (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich habe nicht getadelt, daß der Transporteur den dritten Gefangenen nicht gefesselt hat, sondern daß er Bredendick gefesselt hat. ... (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Niederding: Ich habe ausdrücklich erklärt, daß eine Verfügung ergangen ist, wonach die Behörden angewiesen werden, beim Transport von Strafgefangenen keine Fesselung einzutreten zu lassen, ohne Prüfung des besonderen Falles. ... (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Heine (Soz.): Ich habe ausdrücklich erklärt, daß eine Verfügung ergangen ist, wonach die Behörden angewiesen werden, beim Transport von Strafgefangenen keine Fesselung einzutreten zu lassen, ohne Prüfung des besonderen Falles. ... (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Achtzehnte Sitzung der Zolltarifkommission.

(Eigenbericht der Leipziger Volkszeitung.)

Berlin, 7. Februar 1902.

Zu Ziffer 3 § 9 will Gothein auch den Rohreis unter die bevorzugten Waren aufgenommen haben.

Unterstaatssekretär v. Fischer erklärt, daß das jetzige Verfahren genüge; er glaube, daß den Interessenten mit dem Antrage gar kein Gefallen erwiesen werde.

Gothein bedauert, daß dann die Begründung des Gesetzes so wenig darüber sage. Die Reichsmänner haben den gleichen Antrag gestellt.

Unterstaatssekretär v. Fischer weist auf Seite 80 der Motive hin, wodurch der Wunsch, seine Erklärung zu Protokoll zu geben, sich erledigte.

Gothein tritt für Erleichterungen für Feste- und Weizenstärkefabrikation durch Gewährung von Einfuhrzöllen ein.

Unterstaatssekretär v. Fischer: Aus volkswirtschaftlichen und wirtschaftlichen Gründen empfiehlt sich nicht, den Wünschen stattzugeben. ... (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Gothein bedauert, daß auch heute der Berichterstatter für die Petitionen wieder nicht anwesend ist und leider die Frage nicht in Rücksicht auf die Wünsche der Petenten behandelt werden kann.

Der Vorsitzende bemerkt, der Abgeordnete Speck wolle die Sitzung noch besuchen.

Stadt hagen und Gothein rügen weiter dies Verfahren; der Abg. Herold (Centr.) empfiehlt, einen Stellvertreter zu wählen und schlägt Lurz (Centr.) vor. ... (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Vorsitzende bemerkt, der Abgeordnete Speck sei der Berichterstatter.

Singer: Abg. Speck ist so oft nicht hier, daß ich nicht begreife, wie der Bericht erfolgen soll.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Beratung über die weiteren Bestimmungen des § 9 auszusetzen, dagegen § 10 zu beraten. Die Kommission stimmt dem zu.

Zu § 10 liegen folgende Anträge vor: Fischbeck, Dr. Bwied. Die Kommission wolle beschließen:

nach § 10 einzuschalten: § 10a. Für Rechnung von Kommunen...

Müller-Fulda und Speck beantragen nach § 10 einzuschalten: § 10a.

Schaltkreuzer v. Tietzmann ersucht, den Antrag abzulehnen...

Schmidt begründet seinen Antrag und hebt die Nachteile der...

Schneurat Freund: Wo eine Steuer auf Fleisch u. von den...

Bayerischer Bundesbevollmächtigter v. Geiger giebt eine Ueber-

Der sächsische Bevollmächtigte, Geheimrat Rüger, behauptet...

Regierungs-Konfliktar Robak tritt ebenfalls gegen den Antrag...

Der babilische Bevollmächtigte Scherer meint, viele babilische...

Brömel wünscht, daß die Zahlenangaben der preußischen...

Geier: Ich wünsche, daß auch die Ueberlieferten des bayerischen...

Unterstaatssekretär v. Fischer: Die von dem Abg. Geier...

Bundeskommissar Lebedecker spricht gegen den Antrag.

Sächsischer Bevollmächtigter Rüger: Es haben keine Konferen-

Beumer (nat.-lib.) will gegen den Antrag stimmen.

Singer: Die Regierungsvertreter scheinen die Auffassung zu...

Schneurat Freund: Die Gemeinden haben autonome Ver-

gedanken unseres Antrages fest. Ein besonders großes Unrecht...

Depl: In Hesse haben in einer Konferenz sozialdemokratischer...

Wangenheim schließt sich den Ausführungen Müller-Fulda...

Gothein vertritt den Antrag und geht speziell auf die Steuer-

Es folgt nun der schon in der letzten Sonnabendnummer...

Vereine und Versammlungen.

Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse...

Generalversammlung der Handels-, Transport- und Verkehrs-

Am 29. Januar. An Stelle des erkrankten Kollegen...

gemeldet worden. Arbeitslose hatte unsere Organisation...

Die Stellung der Arbeiter im öffentlichen Leben. Redner...

Eine öffentliche Steinsegerversammlung...

Am 2. Februar bei starkbesuchter Versammlung der 3. Goethe-

Eine öffentliche Parteiversammlung...